

# Aufruf zum Antikriegstag 2015

**Gegen Krieg, Flucht und Vertreibung!  
Für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen!**



*Liebe Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener!*

Seit 1957 erinnern Gewerkschafter und Friedensgruppen am 1. September an den Tag, an dem die faschistische Wehrmacht mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg entfesselte. Er kostete über 50 Millionen Menschen durch Krieg und rassistischem Mord das Leben und führte zu millionenfacher Flucht und Vertreibung. Mehr als 20.000 Menschen aus unserer Stadt bezahlten Verfolgung und Krieg mit ihrem Leben, manche konnten ihr nacktes Leben im Ausland retten. Die Überlebenden zogen damals die Schlussfolgerung: **Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!**

70 Jahre danach sind militärische Aufrüstung und weltweite bewaffnete Einsätze der Bundeswehr wieder ein normales Mittel der Politik unserer Regierung. Fast 3000 Soldatinnen und Soldaten sind in derzeit 12 Missionen rund um den Globus unterwegs. Hinzu kommen Rüstungsexporte und Überlassung von militärischem Material an „befreundete Länder“, die Entwicklung von Drohnen und die Unterstützung der militärischen Einsätze der NATO-Partner von Stützpunkten aus unserem Land.

An der Politik des NATO-Bündnispartners Türkei kann man sehr gut erkennen, wie innenpolitische Auseinandersetzungen zwischen der AKP Erdogans und der prokurdischen HDP den Anlass für militärische Auslandseinsätze gegen kurdische Organisationen geben. Von militärischen Konflikten ist Deutschland als NATO-Mitglied und durch die Stationierung von Bundeswehrtruppen direkt betroffen.

Auch in der Ukraine-Krise wird die Bundeswehr in Stellung gebracht:

- die Marine übernahm das Kommando über einen Flottenverband in der Ostsee,
- die Luftwaffe verstärkt ihre Beteiligung an den Überwachungsflügen im Baltikum,
- die Bundeswehr übernimmt die Führung beim Aufbau einer ultraschnellen NATO-Eingreiftruppe.

Die Kriegsgefahr in Europa und der Welt steigt.

Die Militarisierung macht selbst vor Schulen und Berufsberatungen nicht halt. Die Werbung Minderjähriger für den Soldatenberuf als Karriereoption scheint inzwischen normal zu sein, obwohl die UN-Kinderrechtskonvention die Rekrutierung von Kindersoldaten ächtet.

Doch trotz medialen Dauerfeuers ist eine Mehrheit in Deutschland noch immer gegen den weltweiten Einsatz der Bundeswehr.

Die Erfahrungen mit Kriegen aktuell und in jüngster Vergangenheit zeigen: Sie führen in der Ukraine, in Syrien, im Irak, in Afghanistan zu Zerstörung, Leid und Tod und bewirken das Gegenteil von dem, was Regierungen und Militärs vor jedem Krieg versprochen.

Aufgrund von Kriegen, Verfolgung oder Diskriminierung sind derzeit schätzungsweise 50 Millionen Menschen auf der Flucht. So viele wie in den sechs Jahren des 2. Weltkrieges ihr Leben verloren. Die meisten suchen und finden Aufnahme in ihren unmittelbaren Nachbarländern, die die Hauptlast tragen. Nur die wenigsten Flüchtlinge erreichen Europa und Deutschland. Die medial dargestellte „Flüchtlingsflut“ ist im weltweiten Maßstab nur ein klitzekleines Rinnsal flüchtiger Menschen. Das Mittelmeer ist zum Massengrab für Flüchtlinge geworden, während sich die Nationalstaaten der EU nicht über Flüchtlingsquoten einigen können.

Aus der Erfahrung der Nazizeit sichert das Grundgesetz politisch verfolgten Asyl zu. Flüchtlinge haben in unserem reichen Land eine freundliche Aufnahme und unseren Schutz verdient. Die Hilfsbereitschaft der meisten Bürgerinnen und Bürger ist groß. Gegen die Minderheit, die fremdenfeindliche Angriffe auf Flüchtlingswohnheime unternimmt, müssen sich Staat und Zivilgesellschaft zur Wehr setzen.

**Wir sind gegen Kriege und die Militarisierung der Außenpolitik und fordern**

- keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Umwandlung der Rüstungsindustrie in friedliche Produktionsstätten (Rüstungskonversion)
- keine Drohnen für die Bundeswehr
- Bundeswehr raus aus den Schulen und Berufsberatungen

**Wir sind für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und fordern**

- schnellstmögliche dezentrale Unterbringung in Wohnungen
- Schulbildung und Ausbildung für junge Flüchtlinge
- Erlaubnis zu arbeiten
- zügiges Asylverfahren

**Wir sind gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und fordern**

- das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen

Die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten** (VVN-BdA) Kreisvereinigung Gelsenkirchen ruft zur Teilnahme an der gemeinsamen Veranstaltung im **Bündnis gegen Krieg und Faschismus** auf.

Als Teil der weltweiten Friedensbewegung laden wir Sie herzlich ein, am Antikriegstag, den 1. September 2015, gemeinsam mit uns zu diskutieren und zu demonstrieren:

17.30 Uhr Information und Kundgebung auf dem Preuteplatz

18.30 Uhr Demonstration durch die Gelsenkirchener Innenstadt mit kurzen Zwischenkundgebungen an Stolpersteinen in der Von-der-Recke-Straße 10 (Familie Krämer), Am Rundhöfchen/Ecke Heinrich-König-Platz (Erich Lange) und Ebertstraße 1/Ecke Robert-Koch-Straße (Familie Back)

19.00 Uhr Abschlusskundgebung am Hans-Sachs-Haus, Ebertstraße

Für die VVN-BdA Gelsenkirchen

Andreas Jordan  
Sprecher

Knut Maßmann  
Sprecher